



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 11+12/2019

30 Jahre Friedliche Revolution

Elisabeth Motschmann MdB

> 9

Herbst 1989: Die gesamt- deutsche CDU als Heimat für Protestanten

Ministerpräsidentin a.D.

Christine Lieberknecht MdL

> 12 ff.



Günter Nooke > 3

Der Deutsche Herbst 1989



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Freude und Dankbarkeit durften wir in diesem Jahr das **30-jährige Jubiläum des Berliner Mauerfalls** feiern. Dieses unvergessliche Ereignis, eine Glückstunde unserer Geschichte und ein Segen für unser ganzes Land, muss uns auch weiterhin ein Anlass zu tieferer Besinnung und Rückschau sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Erinnerung an die DDR durch die politischen Erben und Sympathisanten der Machthaber von einst verfälscht wird: Gemeinsam als Union, als Partei **Helmut Kohls** und der deutschen Wiedervereinigung, werden wir auch in Zukunft unermüdet allen nostalgischen Verklärungen oder Relativierungen der DDR entgegentreten. Denn die DDR war ein totalitäres Unrechtsregime, das die Werte von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten systematisch mit Füßen getreten hat.

Die Erinnerung an all die unzähligen politisch Verfolgten, drangsalierten Opfer und Mauertoten muss aufrechterhalten werden. Auch die Erinnerung an diejenigen, die dieses **Wunder der Friedlichen Revolution** vor 30 Jahren möglich gemacht haben, nämlich das deutsche Volk selbst. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit verdanken wir vor allem auch den mutigen Menschen in der damaligen DDR, die der SED gut 35 Jahre nach dem 17. Juni 1953 erneut die Stirn boten. Ein maßgeblicher Beitrag kam auch von den evangelischen Christinnen und Christen in der DDR. Gerade sie haben unter dem Zuspruch des Evangeliums gelebt und sich den damit verbundenen Ansprüchen und Konsequenzen mutig gestellt. In den zurückliegenden Jahren ist längst zusammengewachsen, was schon immer zusammengehört hat, bei allen Problemen und auch bleibenden Herausforderungen. Wir sind und bleiben ein Volk, das in Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand leben darf. Dafür beneiden uns die meisten Länder dieser Welt. Wir sollten dafür Gott danken und gemeinsam – mutig, hoffnungsvoll und tatkräftig – in die Zukunft schauen.

Auch die Diskussion um das **Thema „Organspende“** geht weiter und wird gleich zu Beginn des kommenden Jahres im **Deutschen Bundestag zur entscheidenden Abstimmung** gebracht werden. Bei vielen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion scheint die endgültige Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen zu sein. Das ist gut so, denn es handelt sich hierbei um eine äußerst wichtige und folgenreiche ethische Fragestellung. Als Abgeordneter, aber auch in meiner Funktion als Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), liegt mir auch bei den Fragen zur Organspende der besonders enge Kontakt und **Austausch mit unseren beiden großen Kirchen** sehr am Herzen.

Es ist deshalb für unsere Entscheidungsfindung in der Union sehr bedeutsam, dass wir die klaren Positionierungen der Evangelischen und Katholischen Kirche an diesem Punkte hinreichend in unsere Gewissensentscheidungen mit einfließen lassen:

Beide großen Kirchen haben bereits erhebliche **Bedenken gegen die Einführung der Widerspruchslösung** artikuliert, dabei aber gleichzeitig auch auf die positiven Wirkungen einer Stärkung und Beförderung der freiwilligen Spendenbereitschaft hingewiesen.

Als EAK-Bundesvorstand haben wir diese Position auch in unserer Resolution (s. EV 11+12/2018, S. 9+10) deutlich gemacht und uns klar gegen die doppelte Widerspruchslösung ausgesprochen: Eine Widerspruchslösung als Alternative zur bisherigen Regelung würde einen „wirklich tiefen Eingriff in das Selbstverfügungsrecht über den eigenen Körper“ darstellen, wie der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, **Prof. Dr. Peter Dabrock**, treffend formuliert hat, und das mögliche „Schweigen“ würde dann künftig einfach „als eine Zustimmung in einen Bereich, der als höchst persönlich gilt“, gewertet werden. Dies wäre aus unserer Sicht ein schon von Grund auf verfehelter Zugang zu einer Thematik, die doch gerade davon abhängt, dass Freiheit und Autonomie bei der persönlichen Entscheidungsfindung gewahrt bleiben. Vor dem Hintergrund dieser freiheitsbasierten Grundorientierung haben wir uns für eine **„Befragungslösung“** im Rahmen einer verstärkten und kontinuierlichen Information über die Organspende sowie die **Einrichtung eines zentralen Organspende-Registers** ausgesprochen. All dies findet sich nun im **Gruppenantrag „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“ (Drucksache 19/11087)** wieder, an dem auch ich mich beteiligt habe. Dieser Entwurf beinhaltet, „dass die Hausärztinnen und Hausärzte ihre Patientinnen und Patienten bei Bedarf aktiv alle zwei Jahre über die Organ- und Gewebespende beraten und sie zur Eintragung in das Online-Register ermutigen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat die Arztpraxen hierzu mit geeigneten Aufklärungsunterlagen auszustatten. Die Beratung hat ergebnisoffen zu erfolgen. Die Ärztinnen und Ärzte haben ihre Patientinnen und Patienten darauf hinzuweisen, dass keine Verpflichtung besteht, sich über ihre Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende zu erklären.“

Ganz besonders und herzlich möchte ich mich am Ende dieses Jahres bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die uns in diesem Jahr wieder so tatkräftig unterstützt haben: Ihre Treue und Großzügigkeit verstärkt unsere politische Stimme und macht uns Mut, auch in diesen schwierigen und bisweilen ungemütlichen Zeiten unseren Weg mit klarem Kompass und fröhlicher Entschlossenheit weiter zu gehen.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien im Namen des gesamten EAK ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes Jahr 2020!

Thomas Rachel MdB Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Der Deutsche Herbst 1989

Ein persönlicher Rückblick

Günter Nooke

Das wichtigste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte – der Mauerfall vor 30 Jahren – ist in seiner gesamtdeutschen und wohl auch weltpolitischen Bedeutung immer noch unzureichend erkannt und gewürdigt. Innenpolitisch sollte das nicht vergessen werden, auch wenn es reale und vermeintliche Unterschiede zwischen Westdeutschen und den „besonderen Ostdeutschen“ noch geben mag. Und auch außenpolitisch, da wieder die Welt aus den Fugen gerät, kann Erinnerung helfen. Die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 war die einzig erfolgreiche Freiheitsrevolution in der deutschen Geschichte überhaupt. Deshalb war es 1989 ein wirklich Deutscher Herbst, der diesen Namen verdient; anders als der der RAF 1977. Erst dadurch wurde die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Jahr später möglich. Sie kennzeichnete nicht nur das Ende der deutschen Teilung, sondern auch das Ende der weltweiten Blockkonfrontation; es war der entscheidende Schritt zur Wiedervereinigung Europas.

Die Erfolge der Deutschen Einheit sind das Ergebnis der enormen Anstrengung aller Deutschen, sowohl der Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Ostdeutschen, als auch der Bereitschaft zu materieller und nichtmaterieller Solidarität der Westdeutschen.

„Das wichtigste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte ist immer noch unzureichend erkannt und gewürdigt.“

Es ist sehr viel erreicht worden in den neuen Ländern, sanierte Altstädte, unzählige kleine und mittlere Betriebe wurden neu gegründet, fast die gesamte Infrastruktur beim Straßen- und Schienennetz und der Telekommunikation, die Ausstattung in den Betrieben und Kommunen in den neuen Ländern wurden nach der Wiedervereinigung neu geschaffen. Es gibt wettbewerbsfähige Standorte der Chemie- und Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Hochtechnologien. Die Sanierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen und vieles mehr stehen auf der Habenseite des damals so genannten Aufbaus Ost. Diese Erfolge stehen auch dafür, dass das deutsche Steuergeld aus West und auch Ost gut angelegt wurde – im gesamtdeutschen Interesse. Fast alle Menschen in Ostdeutschland leben heute besser als vor 30 Jahren! Was heute immer noch nachwirkt und in den letzten Jahrzehnten unterschätzt wurde, ist die andere Sozialisation, die nicht zuerst auf erfolgreiche kommunistische Propaganda und Diktaturschäden zurückgeführt werden sollte, sondern einfach auf das andere Leben in dem anderen deutschen Staat.¹



Ich war 1989 Mitglied im „Ökumenischen Friedenskreis der Region Forst“ in der Lausitz, einer kirchlichen „Oppositionsgruppe“ in der brandenburgischen Provinz.² Wir selbst nannten uns damals Oppositionelle, der SED-Staat kategorisierte uns als „feindlich-negative Kräfte“ im sonst recht ruhigen Bezirk Cottbus. Erst nach dem Mauerfall wurden wir zu „Bürgerrechtlern“,

„Von Bedeutung waren die vielen Gesprächs- und Hauskreise, um über Gott und die Welt zu diskutieren. Christ sein, wissenschaftliche Themen, Philosophie.“

indem man uns öffentlich so bezeichnete. Um das zu erklären, lassen Sie mich einfach etwas erzählen, denn ich meine, daran kann man einiges erkennen, was auch heute noch wichtig ist. Und zwar ohne

allzu schnell, wie es von verschiedenen Seiten heute leider üblich geworden ist, falsche Parallelen zwischen den unterschiedlichen Systemen von Diktatur und Demokratie zu ziehen. Ich bin nicht in den Kindergarten gegangen. Das war Anfang der 60er Jahre in der DDR nicht so außergewöhnlich wie in den 70er und erst recht in den 80er Jahren, aber mehrheitlich schon nicht mehr üblich. Bei der Schulanmeldung verweigerten meine Eltern meinen Eintritt in die Pionierorganisation. Bei Fragen der Lehrer, warum ich denn nicht Mitglied der Pioniere werden und an den schönen Mittwochnachmittagen teilnehmen möchte, hatte mir mein Vater gesagt, solle ich die Lehrer bitten, mit meinen Eltern darüber zu reden.

So unselbständig fängt Opposition an. So wenig sich die politischen Systeme auch ähneln, menschliches Verhalten weist sehr wohl Ähnlichkeiten auf. Später haben mich meine Eltern darin bestärkt und unterstützt, nur zur Konfirmation und nicht auch

zur Jugendweihe zu gehen. In der „Darstellung meiner Entwicklung“, die jeder in der DDR in der elften Klasse schreiben musste, hieß es etwas verklausuliert, meine Eltern „erzogen mich zur Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit“. Es war ein christliches Elternhaus. Meine Mutter war gelernte Bankkauffrau und blieb zu Hause, mein Vater arbeitete als Steuerbeamter beim – wie es damals hieß – Rat des Kreises Forst. Meine evangelische Heimatgemeinde in der Lausitz in Forst-Noßdorf gehörte im Dritten Reich zur Bekennenden Kirche.

Je älter ich wurde und je mehr ich in den Augen meines Vaters politisch wagte, um so öfter kam seine Frage, ob ich mir das gut überlegt hätte und ich nicht vielleicht doch den einen oder anderen Kompromiss mehr eingehen sollte? Eine öfter gemachte Bemerkung von ihm lautete: „Man soll sich nicht mehr Feinde als unbedingt nötig machen.“ Nach meiner tiefen Überzeugung war es genau das, was ich tat. Nur hielt ich es aus meiner politischen Überzeugung heraus, die auf einer Analyse des DDR-Staates beruhte, eben für unbedingt nötig, etwas für die Öffnung dieses Systems zu tun. Und natürlich blieb es nicht aus, dass man dann von eben diesem System als Staatsfeind bezeichnet wurde, nur weil man sich um diesen Staat sorgte.

Es gab für mich keinen anderen ausschlaggebenden Grund für die oppositionelle Haltung gegenüber dem SED-System als den, den meine Eltern gelegt hatten, auf den ich aufbauen konnte und den ich ausbaute. Von Bedeutung waren die vielen Gesprächs- und Hauskreise, wo wir uns trafen, um über Gott und die Welt zu diskutieren: Christ sein, wissenschaftliche Themen, Philosophie. Politisch war daran oft nicht viel mehr, als dass wir Wert auf Unabhängigkeit im Denken legten.

Natürlich waren die Möglichkeiten gegenüber einer freien Gesellschaft extrem eingengt. Doch zumindest in den 80er

Jahren hatten wir immer mehr gute (West-)Bücher, die es sich zu lesen lohnte, als wir selbst in der DDR Zeit hatten. Karriere war kein Ziel, konnte kein Ziel sein in einem System, wo „Kader alles entschieden“. Wir hatten nicht die Chancen bürgerlicher Bildung des Westens, aber wir wussten um diesen Schatz und bemühten uns, Stück für Stück davon zu heben. Selbst für das sozialistische DDR-Abitur musste man mehr Bücher der Weltliteratur lesen als es heute gemein hin üblich ist.

Zurückblickend könnte ich viele Ereignisse aus DDR-Zeiten nennen, die mich zum Widerspruch herausforderten. 1968 war ich neun Jahre alt; 1968 hieß in der DDR nicht Studentenprotest, sondern Niederschlagung des Prager Frühlings. Ich wachte um 4.00 Uhr morgens auf und sah, als ich durch die Jalousien schaute, direkt vor meinem Schlafzimmer auf der Dorfstraße eine Kolonne sowjetischer Panzer. Es war unheimlich, konkret und die Gespräche der Älteren kreisten um Krieg und Frieden; es war vielleicht so etwas wie existentiell. Aber dass für viele damals eine sozialistische Hoffnung zusammengebrochen war, lernte ich erst später. Ich war zu jung für die Diskussionen in den philosophischen Zirkeln der 70er Jahre. Als Wolf Biermann ausgewiesen wurde, war ich Maurerlehrling beim Tiefbaukombinat in Cottbus; darüber geredet haben wir in einem ökumenischen Gebetskreis in Forst, da wurden keine Protestbriefe formuliert, obwohl wir uns in der politischen Bewertung einig waren. Wirklich politisches Engagement begann für mich erst 1980 nach meiner Armeezeit, wo ich das SED-System von einer seiner schlimmsten Seite erlebt hatte.

Bei allem gab es eine immer wiederkehrende Überlegung, die daher rührte, dass wir unser Bleiben in der DDR irgendwie rechtfertigen mussten. Wir trugen vor allem Verantwortung für unsere Kinder. Als meine dritte Tochter geboren wurde, sagte ich: Drei mal zehn Jahre sozialistische Schule überlebe ich nicht. Auch wenn wir, meine Frau und ich, das vielleicht halbwegs heil überstanden hatten, so war es doch, mit klarem Verstand betrachtet, eine Zumutung für die Kinder, die Eltern im Grunde nicht verantworten konnten. Was hätten wir auf die Frage unserer Kinder antworten sollen, ob wir damals nicht gemerkt hätten, was in der DDR ablief, und warum wir nicht auch ausgereist seien? Die eine Antwort, wir wussten nicht, wie schlimm es ist, verbat sich aus intellektueller Redlichkeit und Eitelkeit; ich habe der SED-Führung weit mehr Schweinereien und auch Morde zur Sicherung ihrer Macht zugetraut als andere. Die andere, ehrliche und verantwortlich mögliche Antwort hieß, wir wussten es und haben dagegen aktiv etwas getan.

Im Vorfeld der Friedlichen Revolution gab es einen Diskussionsprozess innerhalb der Kirchen, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Im Rahmen des weltweiten Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurde zum Jahreswechsel 1987/88 zu einer Ökumenischen Versammlung in der DDR aufgerufen. Unser Friedenskreis in Forst beschloss, im Rahmen dieses Prozesses ein Samisdat-Blättchen „Aufbruch“ anzufertigen. Wie so vieles ging das nicht ohne Unterstützung aus dem Westen, z. B. versorgte unsere Partnergemeinde aus Remscheid uns mit Wachsmatrizen und Druckerfarbe.

Das Verhältnis zwischen kirchlichen Gruppen und Kirchenoberen innerhalb der DDR war oft sehr gespannt. Gerade wir in unserem Friedenskreis in Forst verstanden uns aber sehr bewusst als Christen und zugehörig zur Kirche. Oft wurden von der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung staatliche Erwartungshaltungen unreflektiert oder, was schlimmer war, angereichert mit falschen theologischen Argumenten an uns weitergegeben; da konnte Streit nicht ausbleiben.

Mein politisches Engagement in der DDR war relativ „überlegt“. Ich wollte an der „Innenseite der Legalität beulen“, auch

wenn man sich natürlich auf den Rechtsrahmen nicht verlassen konnte. Den Vorwurf rigoroser Gewissensethik, der den Bürgerrechtlern gemacht wurde, lasse ich für mich nicht gelten. Wir haben in der DDR kaum über etwas so lange geredet und gestritten, wie über die Folgen unseres Handelns. Ein Handeln aber, das seine Folgen bedenkt, ist ein genuin verantwortungsethischer Ansatz.

Manchmal hatten wir auch Angst, aber wohl weniger als die meisten vermuteten, zumindest traf das auf meine Frau und mich und auf unseren, im Vergleich mit den Gefahren in anderen Diktaturen des Ostblocks, im Grunde doch bescheidenen Protest zu. Schwierig, weil m. E. wirklich gefährlich, war die kurze Zeit bis zum 09. Oktober 1989 nach dem Aufruf des Neuen Forums und nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 10. September 1989.

Meine Frau hat am 22. September 1989 – wie auch andere Oppositionelle damals – eine Erklärung von unserem Pfarrer mit Kirchensiegel bestätigen lassen (staatlich anerkannten Notaren war nicht wirklich zu trauen), in der wir im Falle unserer

„Den Vorwurf rigoroser Gewissensethik lasse ich für mich nicht gelten. Wir haben in der DDR kaum über etwas so lange geredet und gestritten, wie über die Folgen unseres Handelns.“

„Abwesenheit“ meine Schwägerin und meine Eltern beauftragten „die Betreuung und das Sorgerecht über unsere Kinder Tobia, Martha und Antonia wahrzunehmen.“ Dahinter stand Angst aber auch die politische Einsicht und der Versuch, wenigstens

begrenzte Verantwortung zu übernehmen in dieser heißen Phase des Herbstes 1989. Wir kannten nicht die Begriffe wie Internierungslager, die später in den Akten der Staatssicherheit auftauchten. Aber dass im Ernstfall die „feindlich-negativen Elemente“ – und dazu gehörte meine Frau genauso wie ich – weggefangen werden, lag für mich in der Logik einer Diktatur und staatlicher Unterdrückung.

Im Herbst 1989 habe ich dann die Erfahrung gemacht, wie schnell sich politische Verhältnisse und die Meinungen von Parteien und Menschen ändern können. Nach dem jahrelangen, oft zaghaften Kampf der Wenigen gegen eine übermächtig erscheinende Diktatur, konnten wir fast binnen Wochenfrist die Lebensfreude und Kreativität von Hunderttausenden erleben.

Das Ende des SED-Regimes begann mit einer, wohl der ersten, DDR-weit koordinierten Aktion der Oppositionsgruppen im Frühjahr 1989. Es konnte durch Anwesenheit von unabhängigen Beobachtern in den Wahllokalen bei der Stimmauszählung die Fälschung der Kommunalwahlen am 07. Mai 1989 nachgewiesen werden. Wo einfach nur Zahlen addiert werden mussten, konnten die Oppositionsgruppen andere, ganz normale Bürger gewinnen. Denn die mussten sich nicht gleich in Widerspruch und Opposition zur sozialistischen Staatsmacht stellen, sondern sie brauchten sich nur zu Adam Riese zu bekennen. Es entstand so etwas wie eine gesellschaftliche Diskussion in den Betrieben und Parteigruppen, auch wenn die staatlich kontrollierten Medien wie Rundfunk und Zeitungen das zu verschweigen versuchten. Seit diesem 07. Mai 1989 fand an jedem 07. eines Monats in Berlin ein öffentliches Pfeifen gegen den Wahlbetrug statt; die Partei- und Staatsführung – wie es damals hieß – kam nicht mehr zur Ruhe. Im Sommer 1989 reisten in den Ferien mehr als sonst nach Ungarn. Manche meiner Freunde nahmen eine Kneifzange mit. Es waren viele, die über die durchlässig gewordene ungarisch-österreichische Grenze die DDR für immer verließen.

Zumal am 27. Juni 1989 die ungarische Regierung zusammen mit der österreichischen medienwirksam den Abbau der

Grenzanlagen zelebrierte, was fast alle DDR-Bürger in den westlichen Abendnachrichten sehen konnten. Der politische Wille war dabei weniger bestimmend als die ökonomische Notwendigkeit, denn keiner wollte mehr in die herunter gekommenen Zäune und Anlagen investieren, da fast nur noch die Ostdeutschen vom unerlaubten Grenzübertritt abgehalten werden sollten. Die Ausreisewelle im Sommer und Herbst 1989 war der vielleicht entscheidende destabilisierende Faktor für den Sturz der SED-Diktatur.

Am 04. September 1989 begannen dann wieder die montäglichen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche. Vor dem Sommer 1989 vereinten die anschließenden Demonstrationen

„Wir verdanken jeder und jedem, der hingegangen ist in die Leipziger Innenstadt und dann den Mut hatte, sich einzureihen, diese Friedliche Revolution.“

Ausreisewillige und Teilnehmer der Friedensgebete und solche, die auf Veränderungen im Land drängten. Zuerst war dort der Ruf: „Wir wollen raus!“ Aber nach der Flucht von Tausenden in jenem Sommer wurde der neue Ruf:

„Wir bleiben hier!“ zu einer Drohung und Kampfansage an die Regierenden. Es ging nicht mehr um das Verlassen der DDR, sondern um Veränderungen im Land. Es war eine revolutionäre Situation. Die Oben konnten nicht mehr, wie sie wollten, und die Unten wollten nicht mehr, wie sie sollten.

An dieser Stelle ist ein Einschub notwendig, um nicht durch eine nur persönliche Schilderung der historischen Ereignisse einen falschen Eindruck zu erwecken. Im Vorfeld gab es wesentliche Entwicklungen und es existierten Rahmenbedingungen, die 1989 erst möglich machten, was oft als Wunder bezeichnet wird, aber doch keins war (wobei das permanente Wirken Gottes in der Geschichte nicht ausgeblendet werden soll). Ohne Vollständigkeit zu beanspruchen, hier eine kleine Aufzählung: Die Klage des Freistaats Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht, die auch nach dem Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten von 1972 feststellte, dass die Bürger der DDR Deutsche nach dem Grundgesetz bleiben; 1978 die Wahl des Krakauer Kardinals und Antikommunisten, Karol Wojtyła, zum Papst Johannes Paul II.; die Wahl Michail Gorbatschows 1985 zum KPdSU-Chef und – meist vergessen – seine offizielle Verzichtserklärung auf die Breschnew-Doktrin 1988 vor den Vereinten Nationen, später sein „Neues Denken“ und Glasnost; die schon 1983 vom Erfurter Propst Heino Falcke geäußerte Idee eines Konziliaren Prozesses, der dann beim Kirchentag in Düsseldorf 1985 vor allem von Carl Friedrich Weizsäcker aufgenommen und vor allen in DDR umgesetzt wurde; die Oppositionsbewegungen in vielen Ländern des Ostblocks und der Sowjetunion, bedeutend für uns war Vaclav Havels Charta 77 in der Tschechoslowakei, Solidarnosc in Polen, 1989 dann der erste Runde Tisch und semi-freie Wahlen zum Sejm am 04. Juni 1989, mit dem Ergebnis, dass im August 1989 ein erklärter Antikommunist, Tadeusz Mazowiecki, zum Premierminister gewählt wurde; der Versuch der SED-Führung die brutale Niederschlagung der chinesischen Studentenproteste mit tausenden Toten am selben 04. Juni zu rechtfertigen, um Angst zu verbreiten; die gesundheitliche Schwäche Honeckers im Herbst 1989.

Mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ wurden also Freiheit und Demokratie erkämpft und mit der Losung „Wir sind ein Volk!“ wurde die erste, massenwirksame inhaltliche Forderung gestellt, nämlich die nach der staatlichen Einheit Deutschlands.

Für mich persönlich und für viele Oppositionelle in der DDR war der 09. Oktober 1989, die friedlich verlaufene Montagsdemonstration in Leipzig, das entscheidende Revolutionsdatum.

Als ich am Abend im Radio hörte, dass 70.000 Menschen auf dem Leipziger Ring friedlich demonstriert und die bewaffneten Organe nicht eingegriffen hatten, da war die Angst weg. „Es blieb friedlich, nicht obwohl es so viele waren, sondern weil es so viele waren“, notierte ich an diesem Abend in Forst nach dem Bericht im Sender Freies Berlin.

Das heißt, wir verdanken jeder und jedem, der hingegangen ist in die Leipziger Innenstadt, vielleicht nur um zuzuschauen und dann den Mut hatte, sich einzureihen, diese Friedliche Revolution!

Politisch war mir sofort klar: Die Staatsmacht einer Diktatur hatte nicht gewagt einzugreifen, das heißt, sie hatte Schwäche gezeigt. Eine Diktatur ist wie ein Vakuum, wer einmal Luft rein lässt, hat unter normalen Bedingungen keine Chance mehr, es neu abzudichten und leer zu pumpen. Insofern war Honecker der weitsichtigste Diktator des Ostblocks in den 1980er Jahren. Glasnost, nicht Perestroika hieß der Virus aus Moskau. Man kann zurück bauen, aber man kann einmal gewährte Offenheit nicht wieder einfangen. Eine Woche später demonstrierten schon 150.000 in Leipzig und an vielen anderen Orten DDR andere, wie bei uns in Forst. Zur Montagsdemonstration am 23. Oktober kamen 300.000 nach Leipzig, am 06. November waren es im strömenden Regen wohl 600.000 Menschen.

Am 04. November 1989 fand in Berlin die größte Demonstration dieses Deutschen Herbstes 1989 statt. Sie war mehr oder weniger offiziell angemeldet und geduldet. Von Kunst- und Kulturschaffenden vorbereitet, sollte es um Presse- und Versammlungsfreiheit gehen. Es war der letzte Versuch der Partei- und Staatsführung, sich noch einmal an die Spitze der Erneuerungsbewegung zu stellen. Ihre Redner Markus Wolf und Günter Schabowski hatten nicht damit gerechnet, wie viel Aufbruchswille und Kreativität in der Bevölkerung angestaut waren. Es war viel zu spät für Markus Wolf, der 1986 den Geheimdienst als langjähriger Chef der Außenspionage HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) verließ und sich nach dem Vorbild Gorbatschows als Reformier und undogmatischer Genosse dem Volk als neue Führungspersönlichkeit anbot. Er wurde ausgepfiffen, nicht ernst genommen, genauso wie Schabowski, der seine Rede abbrechen musste.

Es ging bei dieser Demonstration weniger um Presse- und Versammlungsfreiheit, sondern um die Macht – auch wenn das nur wenige sagten. An diesem Tag wurden die führende Partei der Arbeiter- und Bauernklasse und ihre Repräsentanten ausgelacht. Manch einer mag sich an die Plakate erinnern. Was kann einer Diktatur Schlimmeres widerfahren, als von den eigenen Untertanen ausgelacht zu werden? Als ich an diesem Sonnabend mit feuchten Augen inmitten der Massen auf dem Berliner Alexanderplatz stand und den Rednern lauschte, wusste ich, das, was hier geschieht, ist unumkehrbar.

Der Mauerfall war der Zeitpunkt, als der Machtverlust der SED für alle Welt offensichtlich wurde und das SED-Regime den Bankrott offen zugeben musste. Genau einen Monat hat es gedauert von dem Zeitpunkt am 09. Oktober 1989, als die Angst weg war, bis zum Fall der Berlin Mauer! Keiner hat gedacht, dass es so schnell gehen würde. Aber stabiler war eben der real existierende Sozialismus in der DDR nicht; er hatte keine Massenbasis, keine Legitimation, nicht nur nicht in diesen Tagen, sondern nie. Und die DDR war eben auch ökonomisch am Ende, womit nicht gesagt sein soll, dass bei der staatlichen Vereinigung nicht auch wesentliche Fehler gemacht wurden. Hierzu wurde viel geschrieben und dazu wird wieder aktuell diskutiert. Leider waren die Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer der DDR nicht in allen Dingen gute Interessensvertreter des Ostens, wer nur den Beitritt will, denkt zu wenig über das nach, was

danach kommt. Viele mit gutem Willen aus West und Ost haben auch die wirtschaftlichen Herausforderungen in Ostdeutschland nur unzureichend verstanden oder im eigenen, persönlichen oder bundesdeutschen Interesse beantwortet.³ Angesichts des Zeitdrucks war das auch nicht völlig unverständlich. Außenpolitisch war das Opportunitätsfenster viel kleiner als auch ich das damals einschätzte. Insofern war es gut, dass erfahrende Staatsmänner wie Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble und die CDU/CSU den Einigungsprozess prägten.

Irgendwie lagen diese Veränderungen in der Luft. Als meine Frau und ich Mitte September für Ende November 1989 eine Westreise anmeldeten und wir überlegten, wie es trotz unserer drei Kinder gehen könnte, dass wir jeweils die Hälfte der zehn möglichen Reisetage nutzen können, sagte ich damals: Beantrage das doch so, dass sich ein drittes Wochenende anschließt und ich länger bleibe. Bis dahin sind die (sprich die SED-Führung) froh, wenn man überhaupt noch zurückkommt. Ich habe nie Tagebuch geführt, aber solche Momente, diese Worte auf der Straße vor unserer Wohnung in Forst (Lausitz) etwas flapsig im Vorübergehen zugerufen, haben wir nicht vergessen. Scheinbar waren sie nicht ganz unwichtig und erklären auch heute ein wenig die Situation. Das war nicht die Stimmung im Lande, sondern diejenige bei denen, die selbst in diese Veränderungsprozesse involviert waren.

Besonders bewegt haben mich im Herbst 1989 zwei Erlebnisse in Sachsen. Am Abend des 09. November 1989 war ich bei einer Bürgerversammlung im Kreiskulturhaus in Pirna bei Dresden. Wie dort auf „die in Berlin“ geschimpft wurde, hätte, untermalt durch den sächsischen Dialekt, mancher Karnevalssendung bei ARD und ZDF den Rang abgelaufen. Schon damals war diese besondere Art von „Klartext-Sprache“ nicht meine Wortwahl. Aber mir wurde dabei schnell bewusst, dass die SED-Regierung am Ende war. Kein einziger Handwerksmeister (die schon damals über mehr DM-Devisen verfügten, als die Normalbevölkerung) ließ mehr ein gutes Wort an den „Genossen von der Partei und Staatsführung“. Nur Witze wurden noch über sie gemacht: Die wollen jetzt für uns ein „Reisegesetz erarbeiten“, aber wir können allein reisen, wir brauchen auch keine 15 DM Westgeld von denen... Dass noch an diesem Tag in Berlin die Mauer fiel, wusste am frühen Abend und bei den Empfangsmöglichkeiten der Westsender um Dresden herum natürlich keiner, aber es waren solche Redner und Menschen wie in diesem völlig überfüllten Kulturhaus, die den Mauerfall mit herbeiführten. Manche von denen wählen für viele in den westlichen Bundesländern heute wohl so unverständlich, wie sie damals schon über die SED redeten.

Aufschlussreich und weniger bezogen auf das Ende der SED-Herrschaft, sondern mehr darauf, wo es hingehen wird, war eine Großkundgebung – zufällig einen Tag vor dem Besuch des Bundeskanzlers in Dresden – nach einer Montagsdemonstration im Dezember 1989 auf dem Fußballplatz. Ich sah in Sachsen, also im Süden der damaligen DDR, wie viel mehr schwarz-rot-goldene Fahne im Vergleich zur Lausitz und erst recht im Vergleich zu Berlin dort geschwenkt wurden. Erst dabei wurde mir richtig klar, was die „Massen bewegte“.

Das Bewusstsein, Deutsche zu sein, war in den 1970er und 1980er Jahren bei den Menschen in der DDR m. E. stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Als mir eine Freundin aus Remscheid, die Anfang der 1980er Jahre eine Woche bei uns in Forst (Lausitz) zu Besuch war, sagte, jetzt müsse sie wieder zurück nach Deutschland, habe ich geantwortet: Deutschland geht bis zur Oder und zur Neiße; Du bist auch hier in Deutschland! Nicht wenige im Osten haben mehr mit der bundesdeutschen Fußballnationalmannschaft gefiebert als mit der DDR-Elf. Für viele und auch für mich war klar, die Teilung Deutschlands kann nicht

historisch ewig dauern, sondern muss überwunden werden. Die Teilung Deutschlands als Sühne für Auschwitz zu akzeptieren musste schon deshalb falsch sein, weil es ja nur einen Teil der Deutschen traf, die in Unfreiheit lebten. Die Sprüche der 68er und westdeutschen Linken wirkten verletzend für uns und zeigten, wie wenig von ihnen die reale Situation im anderen deutschen Staat erfasst wurde.

Damit nicht alles so glatt und abgeschliffen klingt, will ich noch aus einem Text, den ich am 17. Juni 1989 notierte, zitieren: „Die Frage nach dem Weg des deutschen Volkes sollte bei aller Skepsis diesem Tag gegenüber und den dazu schon gehaltenen Reden auch den Deutschen diesseits von Werra und Elbe nicht verloren gehen. ... Freilich sind die billigen Träume der 50er Jahre auf eine baldige Wiedervereinigung ausgeträumt. Aber heißt das, dass wir als Deutsche keine gemeinsamen Träume mehr haben dürfen, sollten? Die Zukunft der Deutschen sollte nicht nur mit den Namen der BRD und DDR gedacht werden. Dabei sollte keineswegs das stabilisierende Moment aus der Existenz von zwei deutschen Staaten in Mitteleuropa für den Frieden in den letzten Jahrzehnten in Abrede gestellt werden. Aber in historischen Dimensionen erscheint das absurd.“

Das ist kein Jubelschrei auf die Deutsche Einheit. Wir wussten im Juni 1989 nicht, wie schnell sich alles ändern kann. Aber die Diskussion um die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die nicht wenige auch im Westen allzu gern führten, hatte uns verunsichert. Viele gingen damals auf Honeckers Geraer Forderungen ein, deren Kern in der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik bestand. Gleichgültig, ob durch Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft oder des Grenzverlaufes in der Mitte von Werra und Elbe oder durch die Abschaffung von Salzgitter als zentraler Erfassungsstelle für DDR-Unrecht.

Auch ich habe also im Juni 1989 nicht geahnt, wie nah diese „historische Dimension“ schon war. Aber Optionen offen halten war damals und ist heute ein wesentlicher Teil verantwortlicher Politik.

Ich will diesen persönlichen Mauerfallrückblick mit einer wahren Geschichte beenden⁴ und eine aktuelle, auch persönliche Frage daraus ableiten. Es war der 08. Juli 1989. Der westdeutsche, vor kurzem verstorbene SPD-Mann und Intellektuelle, Ehrhardt Eppler, saß auf einer Podiumsdiskussion auf dem alternativen „Statt-Kirchentag“ in der Leipziger Lukaskirche, Thema „Eine europäische Hausversammlung“. Es war die Zeit, als viele den

» *Das Bewusstsein, Deutsche zu sein, war in den 1970er und 1980er Jahren bei Menschen in der DDR m.E. stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.* «

von Gorbatschow eingeführten Begriff des Europäischen Hauses benutzen, ohne zu bemerken, dass damit die USA draußen waren und die Sowjetunion noch einen Hinterausgang in Asien hatte.

Epplers Eingangsstatement bestand aus der These: „Die Mauer gehört zur Statik des Europäischen Hauses.“ Gespannt erwartete ich, was jetzt kommen würde. Doch leider versuchte Eppler die ganze Zeit, diese These zu verteidigen. Nach mehr als einer Stunde wurden die „alternativen“ Kirchentagsbesucher einbezogen. Einer aus der ersten Kirchenreihe vor mir, Latzhose, lange Haare, Bart, so wie wir alle damals aussahen, stellte eine der ersten Fragen: Was machen Sie eigentlich, Herr Eppler, wenn die Ostdeutschen ganz demokratisch entscheiden, dass sie diese Mauer gar nicht wollen?

Auf dem Podium waren große Politik und europäische Stabilitätsfragen diskutiert worden, aber nicht die Bedürfnisse der Menschen! Aus meinen Lernerfahrungen heute, nicht zuletzt

geprägt durch viele Reisen auf dem afrikanischen Kontinent, würde ich ergänzen: Den meisten Menschen geht es nicht zuerst um einen abstrakten Begriff von Demokratie oder gar liberaler Demokratie; eher schon darum, sagen zu können, was sie denken. Wer die Zukunft vorhersagen will, so habe ich einmal bei einem Zukunftsforscher gelernt, muss fragen, was die Menschen wollen. Überall auf der Welt sind die Antworten ganz ähnlich: Gut und sicher leben und meinen Kindern soll es einmal besser gehen! In dieser Antwort verbergen sich alle Fluchtgründe der Menschen aus der DDR, die in 40 Jahren und auch im Sommer und Herbst 1989 über die ungarisch-österreichische Grenze in den Westen Deutschlands flohen. Es ging um Freiheit, aber auch um ein besseres Leben. Und ähnlich ist es mit den Hunderttausenden, die heute nach Europa kommen, und Hunderten Millionen, die in den nächsten Jahrzehnten wohl noch kommen wollen. Die materiellen Bedürfnisse sollten nicht unterschätzt werden, aber das ist nicht alles. Es geht auch um Sicherheit, vielleicht sogar um Rechtssicherheit. Und ebenso wichtig ist eine positive Tendenz der Veränderung. Freiheit ist eher ein Elitenthema, aber implizit zahlt es nach unserer tiefen Überzeugung natürlich überall auf ein lebenswertes Leben ein!

Könnte es sein, dass wir heute oft wenig verständliche Demokratietheorie predigen, aber an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeireden? Auch im Osten fühlen sich nur wenige Menschen wirklich abgehängt, aber viele, um nicht zu sagen die meisten, unverstanden! Das Leben im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat funktioniert anders als in der Diktatur des Proletariats. Dass Diskussionen an den eigentlich relevanten Fragen vieler Menschen vorbeigehen, davor sind wir auch heute nicht sicher. Gerade weil Minderheiten in den Medien eine bisher unbekannte Verstärkung erfahren. Die Bedrohungslage wird eben nicht dadurch beschrieben, was heute öffentlich diskutiert wird. Könnte es sein, normale Menschen haben auch heute noch einen unverstellten Blick auf das, was für sie gutes und sicheres Leben heißt. Vielleicht spüren sie sogar, dass es nicht immer nur weiter bergauf gehen, sondern auch wieder schlechter werden kann. Und das betrifft vielleicht weniger das weltweite Klima in hundert Jahren als die Sicherheit und unsere Art zu leben in Europa in den nächsten zwanzig Jahren!

Europa wurde vor 30 Jahren vom Kopf auf die Füße gestellt und ist nicht zusammen- sondern aufgebrochen. Die Berliner Mauer hatte nur eine fragile Statik erzeugt. Aber selbst „Vordenker“ wie Eppler, sahen dies nicht und haben Entwicklungen, die keine vier Monate entfernt waren, nicht einschätzen können. Immerhin sagte er am Ende der Veranstaltung, er habe noch nie so viel gelernt, wie an diesem Abend. Die Welt heute ist weit komplexer, sie scheint erneut auf-zu-brechen und in einen instabilen Kopfstand über zu gehen. Damit ist nicht nur der weltweite Einfluss von Autokraten und Populisten gemeint, sondern auch die Frage, wer hier in Deutschland eigentlich bemerkt hat, dass die Ausrufung des Klima-Notstandes, also des Ausnahmezustandes, das Ende der Demokratie beinhaltet? Es geht weniger um Protest als um die richtigen, die notwendigen Diskussionen. Diese werden oft angeregt von Personen, denen man die entscheidenden Fragen nicht zutraut. Damit ist noch nicht gemeint, dass die Sachsen auch heute wieder in der ersten Reihe sitzen und die richtigen Fragen stellen. Viel wichtiger ist mir, genau hinzuhören und darüber nachzudenken, welches die richtigen Fragen sind. Nur weil etwas nicht zum Mainstream der stattfindenden Debatte passt, ist es noch lange nicht irrelevant!

- 1 Günter Nooke: Überlegungen zur Typologie menschlichen Verhaltens in politischen Systemen, in: Tilman Mayer (Hrsg.), *Deutscher Herbst 1989, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Band 99, Berlin 2010, S. 145–155. ISBN 978-3428134991
- 2 Siehe dazu Maria Nooke: „Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche“, Berlin 2008.
- 3 Günter Nooke: „Das haben wir gar nicht gesehen...“ Wie das Kommunalvermögensgesetz vor 20 Jahren entstanden ist, in: Andreas H. Apelt, *Aufbrüche und Umbrüche, Halle (Saale) 2010*, 112–119. ISBN 978-3-89812-794-3
- 4 Günter Nooke: *Die friedliche Revolution in der DDR 1989/90*, in: Manfred Agethen, Günter Buchstab (Hrsg.), *Oppositions- und Freiheitsbewegung im früheren Ostblock, Freiburg im Breisgau 2003*, S. 182–202. ISBN 978-3-451-20193-6



Günter Nooke

ist ist Afrikabeauftragter des BMZ und Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Berlin und Brandenburg

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





30 Jahre Friedliche Revolution

Ein persönlicher Rückblick

Elisabeth Motschmann MdB

30 Jahre Friedliche Revolution und im nächsten Jahr das Jubiläum der Deutschen Einheit sind gute Gründe zum Rückblick, zur Betrachtung der Gegenwart und zur Aufgabenstellung in der Zukunft. Die Erinnerung an die Jahre 1989/1990 ist darüber hinaus ein Grund zum Feiern – etwa auch mit einer Gedenkstunde im Bundestag. Die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit gehören zu den glücklichsten Momenten der deutschen Geschichte.

Gerade weil die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte noch sehr präsent sind, fällt es uns schwer, die positiven Ereignisse unserer Vergangenheit zu würdigen bzw. zu feiern. Genau das dürfen und müssen wir jedoch in diesem Jahr tun. Das sind wir den Frauen und Männern der ehemaligen DDR schuldig, die mit großem Mut gegen das SED-Unrechtsregime mit friedlichen Mitteln gekämpft haben. Ihnen gilt unser großer Dank!

Das sind wir aber auch denjenigen schuldig, die unter dem Regime unendlich gelitten haben. Die Toten an der Mauer, die Inhaftierten in den menschenunwürdigen Gefängnissen der Stasi, die Zwangsadoptierten, die Heimkinder, die Opfer der Stasi-Spitzel und die Vielen, die unter der permanenten Alltagsrepression der SED-Diktatur zu leiden hatten, dürfen wir niemals vergessen.

Und auch das sei all jenen gesagt, die den Versuch unternahmen, die DDR-Zeit im Rückblick zu verklären: Selbstverständliche Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen oder freie Medien wurden den DDR-Bürgern bis zum Fall der Mauer vorenthalten.

Es lässt sich heute so leicht über die ersten großen Protestdemos in der DDR reden. Vor 30 Jahren aber setzten diejenigen, die daran teilnahmen, ihr Leben aufs Spiel. Man muss daran erinnern, weil nur so klar wird, wie übermächtig der Drang nach Freiheit damals war. Am 9. Oktober wagten sich so viele Menschen wie niemals zuvor in der DDR auf die Straße, um für eine andere Politik zu demonstrieren. Die Willkür des Staates war untragbar. Umso erstaunlicher ist es, dass zum Jahrestag der ersten Massendemonstration erneut darüber gestritten wird, ob die DDR ein Unrechtsstaat war – oder nicht.

„ Zum Jahrestag der ersten Massendemonstration wird erneut darüber gestritten, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. “

In der DDR gab es weder Freiheit noch Rechtsstaatlichkeit. Es war ein Staat der Unterdrückung, der Willkür und des Unrechts.

Regimekritiker spüren das bis heute: Ihre Kinder wurden zwangsadoptiert. Die Lebensentwürfe von politisch Verfolgten wurden zerschlagen, ihre Familien in Sippenhaft genommen. Oppositionelle wie unser Kollege Arnold Vaatz ist ins Gefängnis gekommen, weil er anderer Meinung war. Manche bezahlten an der Grenze mit ihrem Leben.

Wem haben wir die Friedliche Revolution zu verdanken?

Bei dem notwendigen Rückblick ist es wichtig, diejenigen zu nennen, die die Friedliche Revolution vorbereitet und schließlich im Herbst 1989 durchgeführt haben. 30 Jahre danach sind bereits viele von ihnen verstorben. Zum Glück ist die Erlebnisgeneration jedoch noch sehr präsent. Dazu zählen Studenten, Künstler, Pfarrer, Journalisten, Ärzte und Wissenschaftler ebenso wie Arbeiter und die vielen Namenlosen, aber dennoch so wichtigen Demonstranten.

In Sachsen fand die Initialzündung, der Aufbruch für die Friedliche Revolution statt.

Die Montagsdemonstrationen begannen am 04. September 1989 in Leipzig. In den Tagen und Wochen danach folgten auch in anderen Städten Massendemonstrationen – z.B. in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Arnstadt, Halle, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Rostock. Am 04. November 1989 kam es in Berlin zur größten Massendemonstration der DDR-Geschichte mit einer Millionen Menschen auf dem Alexanderplatz.

Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ oder „Deutschland – einig Vaterland“ protestierten Hunderttausende DDR-Bürger gegen die politischen Verhältnisse. Die Teilnahme an diesen großen

„*Insbesondere Vertreter der EKD und auch einige Politiker der SPD standen der Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenüber.*“

Demonstrationen war stets mit der Befürchtung verbunden, inhaftiert zu werden.

Stellvertretend für die Initiatoren der Friedlichen Revolution seien folgende Theologen genannt: die

Pfarrer Christian Führer und Christoph Wonneberger (Nikolai-kirche, Leipzig, Friedensgebete seit 1982), Rainer Eppelmann (oppositioneller Jugendpfarrer/in den 1980er Jahren Staatsfeind Nr. 1), Superintendent Thomas Küttler, Plauen (initiierte die erste Massendemonstration am 07. Oktober 1989, Plauener „Gruppe der 20“). Die Vertreter der Kirche stellten in den verschiedenen Städten die notwendigen Versammlungsräume – Gemeindesäle und Kirchen – zur Verfügung.

Unter den oppositionellen Bürgerrechtlern waren auch viele Frauen. Hier seien stellvertretend genannt: Bärbel Bohley (Mitbegründerin des Neuen Forums in der DDR, U-Haft Hohen-schönhausen), Freya Klier (Regisseurin, seit Anfang der 1980er Jahre Mitglied im Friedenskreis Pankow und der DDR-Friedensbewegung) und Maria Nooke (Mitherausgeberin des Oppositionsblattes AUFBRUCH, ab 1985 engagiert in einer kirchlichen Friedens- und Umweltgruppe).

2. Wer hat vor der Wiedervereinigung gewarnt?

Zur historischen Wahrheit gehört allerdings auch die Tatsache, dass die Stimmung in Westdeutschland teilweise kritisch im Blick auf eine Wiedervereinigung war. Ich erinnere mich an eine Demonstration in Bremen im Dezember 1989. Auf den mitgeführten Plakaten und Transparenten stand zu lesen: „Für die Souveränität der DDR“; „Kein 4. Reich“; „Nie wieder Deutsches Reich“; „Gegen nationale Besoffenheit“.

Natürlich gab es auch im Westen viele Befürworter der Deutschen Einheit, aber viele waren unsicher, ob das überhaupt noch wünschenswert sei und gelingen könne.

Insbesondere Vertreter der EKD in Westdeutschland und auch einige Politiker der SPD standen der Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die deutsche Vereinigung verstanden Politiker wie Oskar Lafontaine (damals noch SPD), Gerhard Schröder oder Joschka Fischer als restaurativen Akt, als Wiederherstellung von Großdeutschland. Die DDR war für sie längst ein normaler Staat geworden. Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter, wo die Fälle politisch motivierten Unrechts und der Menschenrechtsverletzungen in der DDR gesammelt wurden, wollten sie schon in den 80-er Jahren schließen. Walter Momper, Oberbürgermeister von Berlin, erklärte, dass es nicht um „Wiedervereinigung“, sondern um „Wiedersehen“ gehe. Er stand auch dem „Wiedervereinigungsgerede vom Westen her“ kritisch gegenüber.

In einem Blitztelegramm kurz nach der Öffnung der ungarischen Grenze im September 1989 wurde der SED-Führung mitgeteilt, dass der SPD-Parteivorstand an der „Aufrechterhaltung der Beziehungen zur SED“ festhalte und diese gegen „Angriffe und Diffamierungen der CDU zu verteidigen“ gedenke. Die SPD werde weiter „gegen die Destabilisierung“ der DDR in „Abgrenzung von nationalistischem Wiedervereinigungspathos der CDU an der Existenz zweier deutscher Staaten festhalten“. Diese Zweistaatlichkeit, so heißt es in dem Blitztelegramm der SPD, sei „eingebunden in die von den Völkern gewünschte Nachkriegsordnung“. (FAZ, 23.10.1994, S. 2; der Artikel basiert auf Aktenfunden des Zentral-Parteiarchives der früheren SED.)

Manfred Stolpe (SPD) lehnte noch am 07. November 1989 auf einer Pressekonferenz in Genf die Wiedervereinigungsdiskussion ab. Der Begriff Wiedervereinigung, so ließ er über den Evangelischen Pressedienst verlauten, sei nicht nur historisch unkorrekt, sondern auch „friedensgefährdend“.

Der Ratsvorsitzende der EKD Bischof Martin Kruse mahnte wiederholt im Berliner Sender RIAS zur Zurückhaltung beim Reden über die Wiedervereinigung.

Jürgen Schmude (SPD) sprach sich im November 1989 ausdrücklich gegen ein Engagement für eine „schnelle staatliche Einheit“ aus.

Angesichts dieser SPD-Positionen aus dem Jahr 1989 verwundert ein Papier mit dem Titel: „Nach 30 Jahren: Wir brauchen einen gesamtdeutschen Dialog! Sozialdemokratische Positionen zur Aufarbeitung“ vom 18. Januar 2019.

Darin heißt es: „Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR war eine Initialzündung für die Friedliche Revolution, in der sie an vorderster Stelle zu den treibenden Kräften zählte.“ Die SPD Ost wurde jedoch am 07. Oktober 1989 in Schwante gegründet. Zu diesem Zeitpunkt waren die Demonstrationen längst in vollem Gange.

Die „Initialzündung“ für die Friedliche Revolution steht anderen Organisationen und Persönlichkeiten zu, nicht der SPD. Das sollte sich die Partei eingestehen, zumal ein Kapitel in ihrem Aufarbeitungspapier vom 18. Januar überschrieben ist: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns der Geschichte“. Es wäre wünschenswert, wenn dies tatsächlich und ehrlich geschehen würde.

Eine parteipolitische Instrumentalisierung der Deutschen Einheit kann die SPD weder damals noch heute für sich in Anspruch nehmen. Oskar Lafontaine hat 20 Jahre nach der Wiedervereinigung seine Fehler bei der Einschätzung der Ereignisse 1989/1990 eingestanden. Darin ist der ehemalige Vorsitzende der SPD und heutige Prominente der Linken durchaus ein Vorbild.

Wer hat die Deutsche Einheit umgesetzt?

Über Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit, verliert die SPD nur wenige Worte in ihrem Papier: „Die Deutsche Einheit vor allem als das Verdienst eines Kanzlers darzustellen, verstellt den Blick auf die Realitäten.“ Dieser Satz zeigt vor allem, wie verstellt der Blick der Sozialdemokratie auf die Realitäten der Jahre 1989/1990 noch immer ist.

Helmut Kohl hat mit Mut die Deutsche Einheit umgesetzt. Diese Möglichkeit ergab sich aus dem Mut der DDR-Bürger, die ihren Willen zur Freiheit so tapfer zum Ausdruck gebracht hatten. Auf dieser Grundlage konnte der Bundeskanzler die Deutsche Einheit vollenden. Er war es nicht allein, aber maßgeblich. Unterstützung kam auch aus den anderen Fraktionen des Bundestages. Das war eine wichtige Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Auf Seiten der DDR war es vorrangig der Demokratische Aufbruch und die erste freigewählte Volkskammer, die den Weg zur Wiedervereinigung ebneten.

Bereits am 28. November 1989 formulierte Helmut Kohl in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur Neuordnung der deutsch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der deutschen Frage. Er überraschte damit das Ausland, die Alliierten, die DDR-Führung aber auch die Bundestagsopposition sowie den damaligen Koalitionspartner, die FDP. Helmut Kohl ergriff – und das ist sein großes Verdienst – sehr früh und sehr schnell die einmalige Chance zur Wiedervereinigung.

Dafür gebührt allen, die direkt oder indirekt mitgewirkt haben – aber besonders Helmut Kohl – der Dank der Deutschen.

Was können wir tun, um die Erinnerung wach zu halten?

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nichts kann zu den Akten gelegt werden. Viel ist erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun in Ost und West.

Leistungen und Leid der Ostdeutschen dürfen nicht vergessen, sondern müssen anerkannt werden. Die Erinnerung an das kommunistische Unrechtssystem darf nicht verblassen. Deutschland ist im Osten von der nationalsozialistischen Diktatur in die sozialistische Diktatur übergegangen. Beide unterscheiden sich grundlegend und sind nicht vergleichbar. Dennoch gibt es manche Parallelen. Dazu gehören beispielweise die massiven Einschränkungen der Freiheitsrechte sowie die perfiden Bespitzelungen und Verhöre beider Regime.

Zunächst hat die Erlebnisgeneration einen Anspruch darauf, dass sie nach wie vor Zugang zu den erhaltenen Stasi-Akten haben. Das Motto „Jedem seine Akte“ gilt fort. Nur so können sie im Nachhinein das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, aufarbeiten, verstehen und weiter vermitteln.

Zentrale Anlaufstelle für viele Betroffene bzw. Geschädigte ist und bleibt das Stasiunterlagenarchiv. Die Akten müssen dauerhaft gesichert und der Zugang niederschwellig erhalten ggf. verbessert werden. Die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest zu machen, ist unabdingbar. Dieser Auftrag bleibt auf der politischen Tagesordnung. Um die Archivstandorte sowie die Außenstellen zu erhalten, werden auch in Zukunft Investitionen erforderlich sein. Dazu zählt auch die Fortsetzung und Finanzierung des Projektes zur Rekonstruktion der zerrissenen Stasiakten durch eine „Schnipselmaschine“.

Wichtig ist auch die geplante Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeit auf Stasitätigkeit im öffentlichen Dienst sowie die Fortsetzung der Aufarbeitung zum Thema Zwangsadoption und die

zeitnahe Prüfung einer Entschädigung für Heimkinder politisch inhaftierter Eltern. Die Forderung der „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ nach einem „Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur“ ist nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt.

Für die notwendige Aufarbeitung und Erforschung des entstandenen Unrechts wird der Bund zudem weiterhin für die dauerhafte personelle und finanzielle Förderung der „Stiftung Aufarbeitung“ sorgen müssen.

Zur Erinnerungskultur gehört auch der Erhalt und Ausbau authentischer Orte wie z.B. das Stasigefängnis Hohenschönhausen oder die Gedenkstätte Bautzen. Der Standort Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg sollte als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand, einschließlich von Bildungsarbeit, weiterentwickelt werden.

Das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Berliner Keibelstraße sollte zum nationalen Erinnerungsort für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Gefängnis liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des Alexanderplatzes und ist seit dem Mauerfall fast „unberührt“, um nicht zu sagen heruntergekommen. Das kann nicht so bleiben, denn die Keibelstraße war ein Angstort für die DDR-Bürger. Er diente als Erstaufnahme für Häftlinge, die sich nach den Gesetzen der DDR strafbar gemacht hatten und doch oft nur politisch unliebsam waren.

Diese sehr unterschiedlichen Maßnahmen zur Erinnerung an die SED-Diktatur haben nicht nur etwas zu tun mit unserer Geschichte, sondern sie sind ebenso wichtig für die Gegenwart und Zukunft. Vor allem haben sie eine Bedeutung für die Betroffenen und für die Jugend. Deshalb gibt es auch ein Bundesprogramm „Jugend erinnert“. Es gilt für beide Diktaturen und soll Jugendlichen Freud und Leid unserer Geschichte nahebringen.

Auch dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, ist dieser Aspekt besonders wichtig: „Der Blick in unsere Geschichte kann dabei helfen, die Sinne zu schärfen für den Wert von Freiheit und Demokratie in Gegenwart und Zukunft. In der Gestaltung des Umgangs mit der Vergangenheit gilt es gleichsam den Opfern der SED-Diktatur gerecht zu werden und eine Brücke zu kommenden Generationen zu schlagen, die keine eigenen Erfahrungen mit der SED-Diktatur und der deutschen Teilung haben.“

Abschließend bleibt zu hoffen, dass es gelingt, einen Gedenkort für die Opfer des Kommunismus im Zentrum Berlins einzurichten.

Zunächst ist zu hoffen, dass der Spatenstich für das Freiheits- und Einheitsdenkmal stattfindet. Dieser Ort soll an den glücklichsten Moment der jüngeren deutschen Geschichte erinnern: den Fall der Mauer und die Deutsche Wiedervereinigung.



Elisabeth Motschmann MdB

ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.



Die gesamtdeutsche CDU als politische Heimat für Protestanten aus der friedlichen Revolution vom Herbst 1989

Von ersten Begegnungen und bleibenden Aufgaben

Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht MdL

Der Weg der Kirchen in der DDR während der Zeit der deutschen Teilung war kein freiwilliger. Auf evangelischer Seite war er begleitet vom anfänglichen Hader über verlorene gesellschaftliche Akzeptanz und verwehrte frühere Rechte wie die Erteilung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen. Es war ein Weg, der bestimmt war vom Widerstand gegen das kommunistische Regime der Stalin- und Ulbrichtzeit in den 1950er und 1960er Jahren und durch die Verfolgung Andersdenkender. Es gab zahlreiche Inhaftierungen von Mitgliedern Junger Gemeinden und Studentengemeinden mit zum Teil lebenslanger Haft wegen angeblicher Spionage für westliche Geheimdienste. Das Bild von der vierzig Jahre währenden Wüstenwanderung des Volkes Gottes durch die Wüste

Sinai wurde als Beschreibung dieses Weges nicht zu Unrecht gebraucht. Dennoch gab es zu dieser Zeit noch eine große protestantisch gebundene Bevölkerungsmehrheit.

Trotz zunehmender organisatorischer Schwierigkeiten, besonders seit dem Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 und der zunehmenden Abschottung der DDR gegenüber westlichen Kontakten, konnte die Evangelische Kirche in Deutschland als gemeinsames Dach aller evangelischen Gliedkirchen in ganz Deutschland vorerst aufrecht erhalten werden. Aber die Stimmen, die bereit waren, an einem eigenständigen Gremium für die Kirchen auf dem Gebiet der DDR zu arbeiten, mehrten sich – nicht nur wegen zunehmender äußerer Schwierigkeiten, sondern auch wegen einer wachsenden inneren Orientierung auf die

Lebensverhältnisse in der DDR und die Anerkennung des unterschiedlichen gesellschaftlichen Umfeldes, in dem es zu leben und zu verkündigen galt.

So folgte 1969 die Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR. Für die Beschreibung des Verhältnisses der Kirchen in Deutschland West und Deutschland Ost ist der Artikel 4.4. der Ordnung des Bundes dabei von entscheidender Bedeutung gewesen: Darin heißt es: „Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland, in der Mitverantwortung für diese Gemeinschaft nimmt der Bund Aufgaben, die alle Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam betreffen, in partnerschaftlicher Freiheit durch seine Organe wahr.“

Die Interpretation der „besonderen Gemeinschaft“ war hinfür einer der sensibelsten Punkte in der kirchenpolitischen Auseinandersetzung innerhalb des Bundes. Sie brach immer dann auf, wenn Fragen der Deutschlandpolitik auf der Tagesordnung standen, wenn es um Fragen der Entspannungspolitik oder die Anerkennung der DDR und der DDR-Staatsbürgerschaft ging.

Mit diesen vordergründig eher organisatorischen Fragen vollzog sich allerdings seit Mitte der 1960er Jahre auch in den Kirchen ein allgemeiner geistesgeschichtlicher und theologischer Wandel, der wohl seinen signifikantesten Ausdruck in den „Theologien des Genitiv“ fand. Die Theologie der Hoffnung, der Befreiung, des Todes Gottes, des Friedens, der Gerechtigkeit, der Schöpfung stehen dafür. Später kamen die materialistische Bibelinterpretation und die feministische Theologie hinzu. In der DDR wurden diese Entwicklungen stets mit etwas zeitlichem Verzug aufgenommen, aber dafür umso deutlicher. In kirchlichen Gremien und Werken, bei der Vorbereitung von Kirchentagen und Seminaren orientierten sich nicht wenige Theologen an den Genitiv-Theologien, die ihren politischen Ausdruck, insbesondere bei Kirchentagen und anderen kirchlichen Großveranstaltungen auch in der DDR u.a. in Auftritten von Theologen und Politikern wie Heiner Albertz, Erhard Eppler, Dorothee Sölle, Helmut Gollwitzer oder Luise Schottroff fanden. So spielten sozialkritische, ökologische oder feministische Interessen, die ursprünglich einer westlichen Kapitalismuskritik entsprangen, auch für die Kirchen in der DDR eine Rolle. Natürlich blieb die Rückwirkung gegenüber der DDR-Wirklichkeit nicht

„Für die friedliche Revolution im Herbst 1989 waren diese kirchlichen Ereignisse ganz entscheidende Voraussetzungen.“

Menschenrechte auf der Welt einzusetzen. Als konkrete Forderungen wurden dort genannt: „- als Christen Frieden unter die Menschen zu tragen, – den fernen Nächsten in der Dritten Welt nicht zu vergessen, – für Gerechtigkeit und Recht vor Ort konkret einzutreten und der Zerstörung der Schöpfung zu widerstehen.“ (Vgl. auch Choriner Gespräche von 1984 bis 1991)

Seit Beginn der 1980er Jahre prägten diese Themen die Friedensdekaden gegen den NATO-Doppelbeschluss wie gegen die sowjetischen „SS-20“-Raketen. Ende der 1980er Jahre bestimmten sie den ökumenischen konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Für die friedliche Revolution im Herbst 1989 waren diese kirchlichen Ereignisse ganz entscheidende Voraussetzungen, ohne die die tragende Rolle, insbesondere der evangelischen Kirchen in der DDR, und die „Revolution der Gebete und

„Die Ost-CDU bot nicht die Plattform, um Politik zu gestalten, sondern zimmerte an Nischenwänden, die Nichtmarxisten vor dem Eishauch der marxistisch-leninistischen Staatsideologie schützen sollten.“

brennenden Kerzen“ gar nicht vorstellbar gewesen wären. Mit den bis zu dieser Zeit in der DDR gängigen Vorstellungen von westlicher CDU-Politik hatte das alles wenig bis gar nichts zu tun. Im Gegenteil. Der Adenauer-CDU haftete auch nach Jahrzehnten das Image des Spalters in der Deutschlandfrage, des Militaristen und Revanchisten, eines Knechtes der Monopolkapitalisten und des Ewig-Gestrigen an. (Siehe: „Das Adenauer-Bild in der DDR“ in Rhöndorfer Gespräche Bd. 15, 1996)

Und auch die CDU mit Bundeskanzler Helmut Kohl wurde bis zum Fall der Mauer am 09. November 1989 in kirchlichen Kreisen eher als Protagonistin des Kalten Krieges gesehen, als dass man sie als potentielle Unterstützerin in den besagten Gerechtigkeits-, Friedens-, Schöpfungs- oder Menschenrechtsthemen verortet hätte. Auch die Autoren des „Weimarer Briefes“ zur Erneuerung der CDU in der DDR, zu denen ich mit drei weiteren Christen unter dem Dach der evangelischen Kirche in der DDR gehörte, hatten keineswegs die West-CDU als Adressaten oder potentiellen Verbündeten unserer Initiative im Blick gehabt.

Wenn man zudem noch weit vor dem Herbst 1989 in tiefsten DDR-Zeiten in die Ost-CDU eingetreten war, galt zu dem, dass die meisten Mitglieder mit ihrem Eintritt eine Partei gewählt hatten, „der nichts ferner lag, als nach der Macht im Staat zu greifen. Im Gegenteil: eine ihrer Funktionen bestand darin, ihre Mitglieder vor dem unbegrenzten Machtanspruch der SED abzusichern. Die Ost-CDU bot nicht die Plattform, um Politik zu gestalten, sondern zimmerte an Nischenwänden, die Nichtmarxisten vor dem Eishauch der marxistisch-leninistischen Staatsideologie ein wenig schützen sollten. Für die Aufführung im sozialistischen Staatstheater stellte sie Statisten und Kleindarsteller mit bescheidenen Rollentexten, das Sagen hatten auf allen Bühnen der Gesellschaft die Genossen der SED.“ (Gottfried Müller, Januar 1993)

So gehörten denn auch nach dem fulminanten Sieg der aus CDU, DA und DSU gebildeten Allianz für Deutschland bei den ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März 1990 von den insgesamt 21 gewählten Theologen und ordinierten Pfarrern fast die Hälfte der mit vergleichsweise bescheidenem Ergebnis ins Parlament eingezogenen SPD an. Zu ihnen gehörten der stellvertretende Parteivorsitzende Markus Meckel, als Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Richard Schröder, Pressesprecher Steffen Reiche sowie Dankwart Brinksmeier, Martin Gutzeit, Konrad Elmer, Hans-Jürgen Misselwitz, Dr. Edelbert Richter, Ulrich Stockmann und Gottfried Timm. Auch das Wahlbündnis 90 stellte mit Joachim Gauck, Hans-Jochen Tschiche und Wolfgang Ullmann insgesamt drei Theologen, halb soviel wie die mit Abstand größte Fraktion der CDU, die in ihren Reihen sechs Pfarrer vereinte. Es sind dies Eckhard Altmann, Klaus Domke, Martin Göttsching, Frieder Jelen, Karl-Ernst Selke und Eckhard Waschnewski. Mit Hans-Wilhelm Ebeling und Rainer Eppelmann kommen je ein Pfarrer von der Deutschen Sozialen Union (DSU) und vom Demokratischen Aufbruch (DA) dazu. Beide sind zugleich Vorsitzende ihrer Parteien.

Erwartet war ein so grandioses Volkskammerwahlergebnis für die Ost-CDU von den Wenigsten. Noch bis zum Wahltag hatten die meisten Beobachter die SPD in der klaren Favoritenrolle gesehen. So ätzte noch kurz vor den Wahlen ein hessisches Regionalblatt „Es gehört auch nicht viel Prophetie

dazu, von einem nur recht bescheidenen Abschneiden der Ost-CDU bei den Volkskammerwahlen auszugehen. Wie aber verhält sich dann die große bundesdeutsche Schwesterpartei? Setzt sie dann ausschließlich auf den Demokratischen Aufbruch (DA) und vor allem auf die DSU, was zumindest der bayrischen CSU zupass käme? Freilich würde dies der Ost-CDU ein endgültiges Schimpf- und Schande-Etikett anhängen, von dem sie sich kaum mehr befreien könnte. Ihr politisches Ende wäre programmiert. Helmut Kohl wird also nicht umhinkommen, eine neue Kampagne zur Ehrenrettung der mitteldeutschen Parteifreunde zu starten, denn schließlich stehen dann die ersten gesamtdeutschen Wahlen an mit einer gesamtdeutsch antretenden Union. Es sei denn, man verfällt auf die Idee, die bisherige CDU/CSU um die DSU zu erweitern. Womöglich wäre dies aber das Signal für die bayrischen Christsozialen, mit

„Unvergessen ist die Reaktion von Otto Schily, der seinem ganzen Frust über den Ausgang der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR Luft machte.“

der DSU zu fusionieren – dann schließe endgültig die Geburtsstunde einer bundesweiten CSU.“ (Jürgen Nolte in Hessisch-Niedersächsische Allgemeine/HNA am 05.03.1990)

Entsprechend lang waren die Gesichter der meisten Kommentatoren, ewigen Besserwisser und zumeist eher linksliberalen Zeitgeistegler. Unvergessen ist vielen ehemaligen DDR-Bürgern die Reaktion des damaligen Grünen-Politikers Otto Schily, der seinem ganzen Frust über den Ausgang der ersten (und letzten) freien Volkskammerwahlen in der DDR damit Luft machte, in dem er voller Wut auf seine ostdeutschen Landsleute eine Banane in die Kamera der Nachrichtensender hielt.

Wer allerdings meinte, die Ost-CDU sei fortan nur noch ein Anhängsel einer als übermächtig und dominant empfundenen West-CDU, der sollte sich ein weiteres Mal getäuscht haben. Selbstbewusst, bisweilen auch eigenwillig, achteten diejenigen, die als bewusste Christen den Weg in die West-CDU aus voller Überzeugung mitgegangen waren, auf das geistig-geistliche Erbe der Friedensdekaden, auf die Trias des ökumenischen konziliaren Prozesses von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Auch ich selbst habe dies verschiedentlich in Buchbeiträgen, öffentlichen Reden, u.a. anlässlich des von mir auf dem Hamburger Vereinigungsparteitag am 01. Oktober 1990 vorgetragenen Beitritts der wiedergegründeten CDU-Thüringen zur CDU Deutschlands, wie auch in persönlichen Briefen seit 1990 immer wieder formuliert. Ein Beispiel dazu findet sich bereits in dem im Spätsommer 1990 von Matthias Wissmann herausgegebenen Buch „Deutsche Perspektiven. Unser Weg zum Jahr 2000“. Damals schrieb ich: „Das eigene Gewicht der neuen Konservativen in der DDR wird dabei allerdings nicht zu unterschätzen sein. Die tägliche Erfahrung, über 40 Jahre hin Bürger des kleineren und ärmeren, des ungeliebteren und nicht selten sogar ghassten deutschen Staates ‚DDR‘ gewesen zu sein, verbunden mit dem Bewusstsein, dennoch im rechten Moment das politisch Mögliche im Interesse beider deutschen Staaten getan zu haben, wird einer gemeinsamen Politik der Konservativen in einem geeinten Deutschland neue Farbe und manche Auseinandersetzung darüber bringen.“ (Siehe Matthias Wissmann (Hrsg.), *Deutsche Perspektiven. Unser Weg zum Jahr 2000*, München 1990, S. 158)

Getragen von diesem Bewusstsein lautet dann auch meine Erklärung zum Beitritt Thüringens zur CDU Deutschlands am 01. Oktober 1990 in Hamburg: „Als Thüringerin und Mitautorin des ‚Weimarer Briefes‘, dem unmissverständlichen Signal der Erneuerung der DDR-CDU, erfüllt es mich heute mit Stolz und

besonderer Freude, die Voraussetzungen für die geeinte Christlich Demokratische Union in Deutschland an entscheidender Stelle mit geschaffen zu haben – und diesen Tag nun auch als eine der Reformer das letzten Herbstes mit Ihnen gemeinsam erleben zu dürfen... Ich bin überzeugt davon, dass wir jungen Reformer des letzten Jahres, die wir geprägt sind vom Lebensgefühl unseres Volkes im Osten Deutschlands – aus der Zeit vor der Wende durch Unfreiheit, Angst und Bedrückung, – aus der Zeit während der Wende durch Aufbruch, Mut und Begeisterung – und jetzt nach der Wende durch den festen Willen, Dankbarkeit und Liebe für unser Volk und Vaterland – ich bin überzeugt davon, dass wir diese Erlebnisse nicht vergessen werden.“ (Siehe Protokoll des CDU-Parteitags von Hamburg am 01.10.1990)

Einen authentischen Einblick, was dieses damals proklamierte – und vor allem durch den konziliaren ökumenischen Prozess gestärkte – „neue Bewusstsein“ bedeutete, gibt der Originalton meiner Predigt zum Heiligabend 1989 über den 1. Timotheusbrief, Kapitel 3, Vers 16. So rief ich den Menschen damals mitten in der Euphorie über den Sturz des Honecker- und Krenzregimes und ihrem ersten Eintauchen in den westlichen Konsumrausch zu: „Das Geschehen von Bethlehem ist tatsächlich die unglaubliche, aber doch einzige wirkliche Alternative im Lauf dieser Welt. Denn Gott weiß, dass die Mächtigen dieser Welt alle kommen und alle gehen. Die einen eher. Die anderen später... Dieses Reich (gemeint ist das Reich Gottes) trägt uns nicht durch Glitzergefunkel, durch große Paläste, mit wehenden Fahnen oder Leuchtreklamen... wohl wissend, dass der Wert unseres Lebens nicht am Reichtum und den Machtverhältnissen der Welt hängt... und auch unseren Kindern haben wir damit wieder mehr zu bieten, als die Gabentische grenzüberschreitenden Konsums.- Ich möchte warnen vor der Faszination der äußeren Werte einer westlichen Welt, wenn die Seele dabei auf der Strecke bleibt. Und die Seelen, besonders unserer Kinder, bleiben auf der Strecke, wenn wir ihnen nicht auch das ganz einfache vorleben, was wir selber können: eigene Arbeit, Mut zur Fantasie, zum gemeinsamen Singen, Spielen und Geschichten lesen...“. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich daran, dass mein Aufruf zur Spende des Betrages an DDR-Mark für „Brot für die Welt“ in Höhe des inzwischen im Westen erhaltenen Begrüßungsgeldes -natürlich DM-West – gute Resonanz fand. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Menschen in dieser Zeit auf-

„Gott weiß, dass die Mächtigen dieser Welt alle kommen und gehen. Die einen eher. Die anderen später.“

Zeit unmittelbar nach dem Mauerfall, den der damalige Altenburger Pfarrer Michael Wohlfahrt aufbewahrt und in einer Publikation zum Lutherjahr 1996 veröffentlicht hat. Mit Bezug auf den November 1989 erinnerte Pfarrer Wohlfahrt daran, dass „sie (gemeint ist die thüringische Pastorin Lieberknecht) sicher stellvertretend für viele, sagte: ‚Wer in der DDR nichts von Freiheit wusste – von innerer Freiheit – der wird auch nichts davon wissen in der Bundesrepublik Deutschland.‘ Könnte es sein, dass deswegen jetzt so viel geheimer Fluch, uneingestandene Enttäuschung und Zurücksehnen nach Verhältnissen stattfindet, die es einmal gab, weil wir zu wenig von diesem Herrn wissen, von seiner Wirkung, seiner Freiheit?“ (Die Reformation in Altenburg, Textheft/Einband 1996)

Überliefert ist ebenfalls die Rede von Lothar de Maiziere als Vorsitzender der CDU in der DDR zum CDU-Bundesausschuss

richtig dankbar waren und diesem caritativen/diakonischen Appell mit offenem Herzen und gebenden Händen gern folgten.

Wiedergefunden habe ich auch einen meiner politischen Appelle aus der

am 18. Juni 1990 in Bonn anlässlich des 45. Gründungsjubiläums der Partei.

So erinnerte de Maizère „an die Stichworte, die im Herbst 1989 wichtig waren und die die Menschen auch in der CDU bestimmten. Es waren die Gedanken des konziliaren Prozesses, die mit den Worten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kurz umschrieben sind. Erst dieser konziliare Prozess ermöglichte es den Kirchen, den Gedanken der Gewaltfreiheit zu transportieren. Dieser Gedanke war es, der die friedliche Revolution ermöglicht hat... Für unsere gemeinsame CDU muss das ‚C‘ künftig seine erste Position deutlicher hervortreten lassen. Das ‚C‘ muss unser gemeinsames Zukunftsprogramm sein.“ Im Hinblick auf das für die ersten gesamtdeutschen Wahlen gemeinsam zu erarbeitende Wahlprogramm leitete de Maizère vor dem Bundesausschuss dann aus den Stichworten des konziliaren Prozesses die „Eckpunkte“, die ihm für ein solches Programm, „in dem sich die Menschen in der DDR auch wiederfinden können“ ab: „Einheit in sozialer Gerechtigkeit, – Einheit Deutschlands in einer Friedensordnung mit allen europäischen Nachbarn, – Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt und – Bewahrung der Schöpfung.“ (aus *Redemanuskript de Maizière, persönliche Unterlagen*)

Ganz in diesem Sinne versuchte sich im Frühsommer des Jahres 1990 auch der verbliebene Rest des Apparates der alten Ost-CDU unter dem neuen Parteivorsitzenden de Maizière neu zu profilieren. So schrieb Gerhard Wilkening, in seiner neuen Eigenschaft als persönlicher Mitarbeiter des CDU-Vorsitzenden de Maizière Mitglieder der einstigen Arbeitsgemeinschaft für Kirchenfragen an, die „inneren Erfahrungen etwa aus dem konziliaren Prozess, aus kirchlicher Basisarbeit und aus der Reflexion des Verhältnisses von christlicher und politischer Existenz (dürften) nicht verschüttet, sondern (sollten) aufgenommen werden als Teil unserer Identität, als Substanz, die wir in die Einheit einbringen.“

Das Ziel, dafür einen neuen Arbeitskreis, ähnlich dem EAK von CDU/ CSU, allerdings „interkonfessionell und offen für den globalen Aspekt christlichen Weltendienstes“ zu gründen, fand allerdings kaum Resonanz. Letztlich hatte sich ein solches Anliegen bereits mit den vom damaligen Evangelischen Arbeitskreis der CDU/ CSU unter seinem neuen Vorsitzenden Peter Hintze gerade eben konstituierten „Deutschland-Foren“ ohnehin erledigt; einschließlich der thematischen Orientierung. Auch hier hatten die Themen des konziliaren Prozesses inzwischen unmittelbar Eingang gefunden.

Das erste Forum dieser Art fand am Pfingstmontag, dem 04. Juni 1990 in Berlin statt. So hatte der neue EAK-Bundesvorsitzende in seiner Antrittsrede „Am Beginn einer neuen Ära des EAK“ bereits vor dem Auditorium der großen EAK-Bundestagung am 24. März 1990 dieses, insbesondere aus der friedlichen Revolution kommende, Bedürfnis von Christen aus der DDR umfänglich aufgenommen, in dem er formulierte: „Um es in der Sprache der Kirche zu sagen: Die Menschen werden uns in Zukunft danach beurteilen, was wir zu Gerechtigkeit, Frieden



Peter Hintze war von 1990 bis 1992 EAK-Bundesvorsitzender.

und Bewahrung der Schöpfung beizutragen haben. Ich habe ganz bewusst das Thema der ökumenischen Versammlung in Seoul gewählt. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass die dort angesprochenen Fragen die Menschen umtreiben, und auch umzutreiben haben.“ Allerdings spricht Peter Hintze dazu auch eine deutliche Warnung und Widerspruch aus, wenn er in seiner Rede darauf hinweist: „Besorgniserregend ist allerdings, mit welcher scheinbarer Sicherheit hier theologisch und politisch einseitig geurteilt wird. In einer Zeit, in der der Sozialismus offensichtlich gescheitert ist, scheint er in den Köpfen vieler Theologen noch als Idealmodell zu existieren.“ (*Redemanuskript, Peter Hintze, EAK-Bundestagung in Wuppertal 1990*)

Als damalige stellvertretende Landesvorsitzende der Thüringer CDU lud ich etwa ein halbes Jahr später anlässlich des 1. Jahrestages des „Weimarer Briefes“ eine Reihe interessierter Thüringer CDU-Freunde mit Einladung vom 10. September 1990 für den darauffolgenden 25.09.1990 in das Hotel „Russischer Hof“ nach Weimar ein.

Anliegen des Abends war eine gemeinsame „Reflexion des Entwicklungsganges unseres wiedergegründeten Landesverbandes der CDU in Thüringen, als auch des Ausblicks auf die geistigen Perspektiven von künftiger Unionspolitik“. Dabei ließ ich mich von der Überzeugung leiten: „Im Blick auf die geistesgeschichtliche Umbruchsituation im Osten Deutschlands, die auch für die westlichen Länder im geeinten Vaterland unabwendbare Herausforderungen mit sich bringen wird, scheint es mir nicht nur sinnvoll, sondern sogar notwendig, sich in einem Kreis interessierter und engagierter Fürstreiter der Union über die Möglichkeiten der geistesgeschichtlichen wie sozioethischen Begleitung der politischen Entwicklung in unserem Vaterland zu verständigen.“ Darüber hinaus standen mir damals in diesem Zusammenhang Gedanken zur „thüringischen Identität als weitere Säule künftiger Unionspolitik vor Augen“.

„In einer Zeit, in der der Sozialismus gescheitert ist, scheint er in den Köpfen vieler Theologen noch als Idealmodell zu existieren.“ (Hintze)

So bat ich nach einer eigenen allgemeinen Einführung in diesen Abend Herrn Dr. Axel Stelzner aus Jena um ein Referat zu den „Geistigen Traditionslinien in Thüringen“ als weitere Grundlage für die anschließende Debatte. Dieser damals interkonfessionell und interdisziplinär angelegte Arbeitskreis „zur kritischen Begleitung gegenwärtiger und zukünftiger Unionspolitik“ mündete mit Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises der CDU für Thüringen im Oktober 1991 dann in die Arbeit des neu gegründeten EAK-Landesverbandes ein.

Parallel zu diesen Vorgängen hatte inzwischen eine neue Grundsatzkommission der CDU Deutschlands ihre Arbeit für das erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm nach der Wiedervereinigung aufgenommen. Sie folgte damit einem Beschluss des CDU-Vereinigungsparteitags vom Oktober 1990. Das

Thema des neuen gemeinsamen Programms „Freiheit in Verantwortung“ bot dabei insbesondere für die Kommissionsmitglieder aus den neu hinzugekommenen CDU-Landesverbänden eine willkommene Plattform, sich mit ihren Erfahrungen aus dem ökumenischen konziliaren Prozess und der friedlichen Revolution in der DDR auf Ebene der Bundespartei in die Grundsatzprogrammdebatten einzubringen.

Mit der eindringlichen Mahnung, bei allen Aufgaben der aktuellen Tagespolitik die Wertfrage nicht zu vergessen, sondern im Gegenteil „laut und vernehmlich vor der Kostenfrage (der Deutschen Einheit) die Wertfrage zu besprechen“, habe ich mich dann u.a. auch in der Evangelischen Verantwortung, der Publikation des EAK von CDU/CSU, an meine Parteifreunde und Mitchristen im Evangelischen Arbeitskreis mit einer Bilanz am Ende der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 1994 gewandt. So konstatierte ich damals: „Die gewonnene Freiheit bedeutet auch Unsicherheit. Unsicher aber sind beide Seiten, die Menschen in der alten Bundesrepublik nicht weniger als die neu hinzugekommenen... Ich stelle diese (Wert-)fragen mit aller Deutlichkeit, denn die dramatischen Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes spielen für die meisten von uns bis hin zur Politik noch immer eine untergeordnete Rolle. Dabei ist das Verhältnis zwischen den beiden ungleichen Teilen Deutschlands nur das Vorspiel dessen, was uns europaweit erwartet. Spätestens dieser Horizont zwingt uns zu klaren Aussagen über unsere Möglichkeiten und Grenzen, über unsere Wertvorstellungen und Bereitschaft zur Veränderung. Spätestens dann wird es nicht mehr durchhaltbar sein, dass der west-

„Als Protestanten im Geiste Martin Luthers wissen wir um den Wert der ‚Freiheit des Christenmenschen‘.“

gebracht haben. Als Protestanten im Geiste Martin Luthers wissen wir um den Wert der ‚Freiheit eines Christenmenschen‘. Die mit diesem Bekenntnis verbundene innere Freiheit werden wir brauchen, um der Politik im geeinten Deutschland neue Handlungsräume auch jenseits von Wohlstandsmehrung und ständig steigenden Sozialleistungen zu eröffnen.“ (EV 10/1994)

Manches davon klingt mir heute, über zwei Jahrzehnte später, angekommen am Ende der nunmehr schon zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts, mit den globalen Herausforderungen der gegenwärtig größten Flüchtlingsströme seit Ende des Zweiten

Brief aus Weimar
an die Mitglieder und Vorstände
der Christlich-Demokratischen Union

1. Als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche, die der CDU angehören, wenden wir uns an die Mitglieder und Vorstände der Partei. Wir bitten sie, mit uns zusammen darüber nachzudenken, welchen Beitrag die CDU für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Partei mehr vermag, als sie sich selbst bis jetzt zutraut.
2. Vor allem beunruhigt uns, daß das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlieren. Betrachtet man die Ausreisewilligen nach Alter, Bildungsvoraussetzungen und Beruf, dann zeigt sich, daß nicht der Rand, sondern der Kern unserer Gesellschaft betroffen ist. Unser Land leidet Schaden - je länger, je mehr.
3. Auch unsere Kirchen leiden unter der Ausreisewelle. Ihre Appelle, in Liebe zu bleiben und Geduld zu zeigen, will niemand mehr hören. Die Abwehrkräfte gegen die Verlockung zur Ausreise erlahmen bei Gemeindegliedern, aber auch bei den Mitarbeitern in Diakonie und Verkündigungsdienst immer mehr. Nicht selten versuchen Ausreisewillige, die Kirchen zur Durchsetzung ihres Wunsches zu instrumentalisieren.
4. Darüber hinaus läßt das Bemühen, den Ursachen der Auswanderungsbewegung auf die Spur zu kommen und zu ihrer Beseitigung bzw. Milderung beizutragen, den Kirchen eine Stellvertreterrolle für die eigentlich verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte auf. Zum Teil werden die Kirchen in eine solche Rolle gedrängt, ohne es selbst zu wollen, zum Teil erliegen sie der Versuchung, auf diese Weise jene Beachtung zu finden, die ihnen bei der Erfüllung ihres eigentlichen Auftrages in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht selten versagt bleibt. Auf jeden Fall fehlen ihnen für eine solche Stellvertretung weitgehend Kompetenz und Kraft.

- 2 -

Erste Seite des „Briefes aus Weimar“ vom 10. September 1989

Weltkrieges, mit dem immer wieder neu aufbrechenden Kampf um die natürlichen Ressourcen unserer Erde, mit den Auswirkungen der demografischen Situation in unserem Land, mit dem Zustand Europas und den anhaltenden Ungleichheiten auf unserem Kontinent - und erst recht weltweit - wie ein Déjà vu vieler Fragen, die mit dem ökumenischen konziliaren Prozess bereits Ende der 1980er Jahre auf unserer Tagesordnung gestanden haben und uns unter den neuen Signaturen des 21. Jahrhunderts nun mit umso größerer Wucht gemeinsam fordern werden.



Ministerpräsidentin a.D.
Christine Lieberknecht MdL

ist stellvertretende Vorsitzende
im EAK-Bundesvorstand.



Gemeinsames Gedenken des EAK in Bayern und Thüringen an 30 Jahre Mauerfall

„**40 Jahre getrennt – 30 Jahre vereint**“ war das Motto einer gemeinsamen Veranstaltung des thüringischen und bayerischen Landesverbandes des Evangelischen Arbeitskreises zum Gedenken an den 09. November 1989. Der Ort der Veranstaltung war das Jagdschloss Fasaneerie bei Hermannsfeld im thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meiningen sowie die Skulpturen-Gedenkstätte beim ehemaligen innerdeutschen Grenzübergang Eußenhausen-Meiningen.

Dabei waren die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der Landesvorsitzende des EAK Bayern, Bundesminister a.D. **Christian Schmidt MdB**, und Ministerpräsidentin a. D. **Christine Lieberknecht MdL**, sowie der Wahlkreisabgeordnete **Michael Heym MdL** und rund 40 Vertreter der örtlichen Verbände von CDU und CSU, die eine „**Gemeinsame Erklärung**“ verabschiedeten. Am ehemaligen Grenzübergang bei Eußenhasusen brachten die Teilnehmer eine Gedenktafel an, die an die 40 Jahre der Teilung, aber auch an die jetzt 30 gemeinsamen Jahre erinnern soll.

Der „**Brief aus Weimar**“, so Christine Lieberknecht, war „ein mutiger Schritt der vier Verfasser, der dazu beigetragen hat, den Protest und die Forderungen der Demonstranten von der Straße in die damalige Blockpartei CDU hineinzutragen. Er hat dazu beigetragen, dass die Entwicklung hin zur Deutschen Einheit beschleunigt wurde und das alte System zu Fall gebracht wurde. Eine wichtige Forderung war die nach der Wiedergründung der Länder. Damit war der Grundstein für den Freistaat Thüringen gelegt. Damit begann eine Erfolgsgeschichte.“

Christian Schmidt betonte: „Es waren einzig und allein die Menschen in der ehemaligen DDR, die den Grundstein für die

deutsche Einheit gelegt haben. Ohne sie hätte es keine Wiedervereinigung gegeben. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat beherzt gehandelt und damit die Grundlagen geschaffen, dass aus zwei getrennten Teilen wieder ein einziges Vaterland geworden ist.“

Der Thüringer Wahlkreisabgeordnete Michel Heym erinnerte an die konkrete Hilfe, die Thüringen von Bayern erhalten habe. „Mit großem Enthusiasmus haben viele Menschen geholfen, so dass aus Nachbarn echt Freunde geworden sind. Das hat mich sehr berührt und dafür bin ich zutiefst dankbar.“

In der „Gemeinsamen Erklärung“ erinnern die Teilnehmer des Treffens an die Friedliche Revolution und die mutigen Menschen, die für Freiheit und Selbstbestimmung gegen die kommunistische Diktatur auf die Straße gegangen sind und die es mit ihren Protesten und Forderungen erreicht haben, dass die Mauer gefallen ist. Landrat **Thomas Habermann** erinnerte: „Es waren CDU und CSU, die als einzige das Ziel der Deutschen Einheit niemals aufgegeben haben und die dann die Rahmenbedingungen geschaffen haben, damit die Wiedervereinigung ein knappes Jahr später Realität werden konnte.“ In tiefer Dankbarkeit blicken die EAK Bayern und Thüringen auf die seitdem genommene Entwicklung. Thüringen habe sich seit 1990 – mit Unterstützung aus und in guter Nachbarschaft zu Bayern – zu einem blühenden Land in der Mitte Deutschlands entwickelt. Man wolle weiter daran arbeiten, dass der Freistaat den Platz in Deutschland einnimmt, den es ohne Teilung und SED-Herrschaft in Deutschland hätte, nämlich in der Spitzengruppe der deutschen Länder.

In der „Gemeinsamen Erklärung“ heißt es u.a.: „CDU und CSU sind die Parteien der deutschen Einheit. Sie haben standhaft an diesem Ziel festgehalten, während andere die deutsche Einheit aufgegeben oder abgelehnt haben und bis heute versuchen, sie durch Spalterdebatten zu diskreditieren. Von links werden Ursachen und Wirkungen verwechselt – die widernatürliche Teilung unseres Volkes und die SED-Misswirtschaft bildeten in den neuen Ländern die Ausgangslage im Jahr 1990. Von rechts wird einem neuen Nationalismus das Wort geredet und von einer „Wende 2.0“ fabuliert – das diskreditiert alle, die unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile für Freiheit und Recht und Einheit auf die Straße gingen.“ (Thomas Knoll/Dr. Detlef Baer)

(Vollständiger Text der Erklärung: www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/parteiarbeit/eak/Erklaerung_EAK_Thueringen_Bayern_v2.pdf)



Thomas Rachel im Gespräch mit den Familien

Freie Christliche Schulen

Christliche Privatschulen in freier Trägerschaft erfahren in Deutschland wachsenden Zulauf. Die „Freie Christliche Schule Düren“ in Nordrhein-Westfalen ist hierfür ein gutes Beispiel. Seit ihrer Gründung 2009 erlebte sie ein erstaunliches Wachstum von damals 15 auf derzeit 127 Schülerinnen und Schüler – im nächsten Schuljahr sollen es sogar 145 Kinder sein. Die Grundschule in privater Trägerschaft zeichnet sich durch einen Unterricht aus, der vom biblisch-christlichen Gottes- und Menschenbild geprägt ist¹. Gemäß diesem Menschenbild lernen die Kinder sich selbst so anzunehmen, wie sie sind und dabei andere zu akzeptieren und zu tolerieren.

An der diesjährigen Jubiläumsfeier der Grundschule nahm auch der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, teil und lobte die Schulgemeinschaft für ihr großes Engagement. Die Eltern bringen sich hier gewinnbringend in den Schulalltag ein, beispielsweise als Lesemutter oder bei der Betreuung des Gewächshauses. Auch die Schüler lernen bereits in jungen Jahren Nächstenliebe auszuüben, indem sie beispielsweise in regelmäßigen Abständen die Bewohner im benachbarten Altenheim besuchen. Bildungsstaatssekretär Thomas Rachel betonte in seiner Ansprache, dass es in unserer Gesellschaft „überzeugte und überzeugende Christen braucht, die ein Licht in ihrer Umgebung sind.“ Christen, die die Botschaft von Barmherzigkeit, Vergebung und Liebe auch in die Welt hinaustragen.

In Anlehnung an dem Psalm 23 – dem Motto der Jubiläumsfeier – teilten anschließend u.a. Schüler, Lehrer und Eltern ihre Erlebnisse an der Freien Christlichen Schule. Nach Angaben des Verbands Evangelischer Bekenntnisschulen e.V. sind von 1973 bis heute in mehr als 100 Orten und Städten in Deutschland

christliche Bekenntnisschulen gegründet worden. Annähernd 40.000 Schülerinnen und Schüler werden nach Angaben des Verbands von Grundschulen über Haupt- und Realschulen bis zu Gymnasien und Berufskollegs in christlichen Bekenntnisschulen unterrichtet.² Das Recht auf Errichtung freier, konfessioneller Schulen ist in Artikel 7 des Grundgesetzes verankert. Den besonderen Anspruch einer wertorientierten Erziehung bringt die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in bemerkenswerter Deutlichkeit zum Ausdruck: „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.“

¹ PowerPoint-Folien der Freien Christlichen Schule Düren

² <https://www.vebs.de/vebs-schulen/vebs-schulbewegung>



Thomas Rachel (3.v.l.) und Dürens Bürgermeister Paul Larue (1.v.l.) würdigten die Arbeit der Freien Christlichen Schule Düren



Weihnachten 2019

*„Wer im Dunkel lebt
und wem kein Licht
leuchtet, der vertraue
auf den Namen des
Herrn und verlasse
sich auf seinen Gott“*

(Jes 50,10)

Herrn fürchtet, der auf die Stimme seines Knechts hört? Wer im Finstern wandelt und wem kein Licht scheint, der hoffe auf den Namen des Herrn und verlasse sich auf seinen Gott!“

Zum einen wird hier durch die Beibehaltung der ursprünglichen Frage im Gegensatz zur vorliegenden Monatslosung eine viel stärkere Dynamik sichtbar. Denn eine Frage wird uns gestellt und eben nicht bloß ein Aussagesatz hingestellt. Bei einer Frage sollen und dürfen wir uns direkt angesprochen fühlen und da können wir selbst nicht so schnell ausweichen. Zu einer Frage müssen wir uns irgendwie verhalten und am Ende auch eine Antwort geben. Und mit dieser ganz besonderen prophetischen Frage ist zum anderen auch eine theologische Provokation verbunden: Weil sie uns den Weg zu jenem verheißenen Gottesknecht weist, der gerade in seinem Leiden zum wahren Boten des lebendigen Gottes werden sollte, und den die ersten Zeugen des Christentums in Jesus von Nazareth erkannten.

So bleibt für mich die Wahrheit dieses Losungssatzes nur in der persönlich existentiellen Frage- und Antwortform einlösbar: Erkennen wir neben dem alljährlich wiederkehrenden äußerlichen Lichterglanz und dem festlichen Budenzauber dieser Tage noch das wahre Licht, das uns von Gott her leuchtet? Das Licht, das den Namen Jesus Christus trägt, zu Bethlehem geboren?

Pastor Christian Meißner,
EAK-Bundesgeschäftsführer

Die sogenannte dunkle Jahreszeit wird durch das Licht von Weihnachten erleuchtet und erfüllt.

Der sehr passende Monatsspruch der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen (ÖAB) für diesen Dezember ruft uns diese Botschaft mit den eindringlichen Worten des Propheten Jesaja in Erinnerung. Der Losungstext, der hier der Einheitsübersetzung folgt, beinhaltet allerdings eine kleine, nicht ganz unbedeutende Verkürzung des Gesamtverses. Vollständig lesen wir (Lutherbibel 2017): „Wer ist unter euch, der den

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Dr. Johanna Schulze,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdusu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Günter Nooke
Elisabeth Motschmann MdB
Christine Lieberknecht MdL
Thomas Knoll/Dr. Detlef Baer
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild: © Bundesregierung Bergmann
S. 3 © Meißner
S. 4 © Roland Blunck/istock
S. 9 © Natalya Lucia/istock
S. 12 © Ben185/istock
S. 15 EAK (Archiv)
S. 17 © Fred Rautenberg, Streutaljournal
Mellrichstadt vom 24.09.2019
S. 18 © Sergej Schwab
S. 19 © winyuu/istock
S. 20 © orchee/istock

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!

 **Klimaneutral**
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11854-1912-1001





Spende

Bitte helfen Sie uns!

Der EAK setzt sich nun schon seit fast 68 Jahren dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen.

Wir werden all unsere politischen Ziele auch in Zukunft nur dann durchsetzen können, wenn auch Sie uns dabei weiterhin tatkräftig unterstützen, und wenn wir gemeinsam beherzigen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen.

Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
EAK der CDU/CSU			
IBAN			
DE79100400000266098300			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)			
COBADEFXX			
			Betrag: Euro, Cent
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers			
Spende fuer den EAK			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN			08
DE			
Datum	Unterschrift(en)		

Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers	
Kontoinhaber	
Zahlungsempfänger	
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	
Verwendungszweck	
Spende fuer den EAK	
Datum	
Betrag: Euro, Cent	